

Unsinnige Vorhaben

Zu: „Infos über Baugebiete“, FR-Regional vom 4. Januar

In Alsfeld sollen wieder 40 Hektar Wiesen und Ackerflächen einem DHL-Logistikzentrum geopfert werden. Bei Frankfurt-Fechenheim soll wieder Wald vernichtet werden für eine Autobahn. Der gesunde Wald bei Homberg wurde für die A49 geopfert. Wir haben eine Regierung, in der die Grünen eine starke Partei sind. Diese Grünen wollen den Landverbrauch stark reduzieren und die Waldzerstörung verhindern. In Hessen regieren die Grünen mit der CDU.

Jetzt ist Tarek Al-Wazir gefragt. Verhindern Sie diese unsinnigen Vorhaben! Sie sollten Rückgrat zeigen und sich nicht wieder hinter Verträgen und höheren Anordnungen wie bei der A49 verstecken. Oder haben sie Angst, ihren Posten zu verlieren? Alsfeld liegt doch in Hessen, oder irre ich mich da, Herr Al-Wazir? Emil Jacob, Poppenhausen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211213

Vorbild auch im Privaten

Zu: „Das letzte Goldmädchen“, FR-Panorama vom 3. Januar

Die „First Lady of Television“ Betty White ist kurz vor ihrem 100. Geburtstag gestorben. Gern erinnern wir uns an ihre Rolle der naiven Rose Nylund in der legendären Serie „Golden Girls“ ab 1985 in den USA. Gerade die damalige Thematisierung von Aids, Homosexualität und Altersarmut, ihr Fokus auf Freundschaft im Alter statt romantischer Liebe sowie der selbstbewusste Umgang nicht junger Frauen mit Sex zeigte den prägenden US-Amerikanern, wie weit die erfolgreiche Serie der Zeit damals voraus war und somit TV-Geschichte schrieb. Dass White bereits in den 1950er Jahren als eine der wenigen Produzentinnen tätig war, zeigt, was Frauen leisten können, wenn man/frau sie lässt. Vielleicht erkennen wir daran, welchen Schatz an Lebenserfahrung wir damit für immer verloren haben. Whites berühmte Freundlichkeit sollte uns allen als Vorbild in der „beruflichen Praxis“ und im Privaten sein.

Klaus Jürgen Lewin, Bremen

SORRY

Osten und Westen kann man schon mal verwechseln, so wie links und rechts. Aber bevor jemand auf die Idee kommt, in diesem „Sorry“ einen Beitrag zu unserer beliebten Serie „Die FR und die Geografie“ erkennen zu wollen, stellen wir mal ganz schnell klar: Der Naturpark Kellerwald-Edersee, über den wir im Regionalteil (Seiten F8/F9 am 31.12. und D4/D5 am 4.1.) berichtet haben, liegt nicht südöstlich von Kassel, sondern südwestlich.

Die Atomkraft feiert fröhliche Urständ

Kernenergie: „Giftiges Grün“ und „Nicht das Ende“, FR-Meinung vom 3. und 4. Januar

Alle Voraussetzungen zum Unwort des Jahres

Andreas Schwarzkopf verwendet in seinem Leitartikel zur möglichen neuen Einstufung der Atomkraft durch die EU fünfmal den Begriff „Taxonomievor-schlag“. Im Bericht dazu kommt das Wort „Taxonomie“ sechsmal vor. Auch wenn in der Ausgabe vom 3. Januar auf Seite 1 eine kurze Erläuterung zu lesen war, was die EU unter Taxonomie versteht, dürfte der Begriff nicht allgemein geläufig sein. Bisher haben vor allem Biologen damit gearbeitet, aber in einem ganz anderen Zusammenhang. Sie versuchen damit seit Jahrhunderten, Pflanzen, Tiere (und später auch Viren) systematisch und hierarchisch zuzuordnen.

Ich vermute, dass etliche EU-Instanzen versuchen, mit „Taxonomie“ zu verstecken, was damit gemeint ist: Die Atomkraft soll als klimafreundliche Technologie gesehen werden. Wenn dazu das verharmlosende Wort „Vorschlag“ kommt, wird die Absicht vollends klar. Atomenergie ist nun einmal, wie es die Fachfrau Claudia Kemfert auch in der FR immer wieder hervorhebt, „riskant, teuer und nicht kompatibel mit der Energiewende“. Diese Meinung vertritt ja auch die FR. Sie soll aber bitte nicht hereinfallen auf solch eine Wortschöpfung und sie einfach übernehmen. Sie hat das Zeug für die nächste „Floskel des Jahres“ und das „Unwort des Jahres“. Eckart Roloff, Bonn

Die Kosten werden der Allgemeinheit aufgebürdet

Sehr geehrter Herr Wille, danke für Ihren Artikel. 1948 Hanford, 1957 Tscheljabinsk und Windscale, 1979 Harrisburg, 1986 Tschernobyl, 1999 Tokaimura, 2003 Paks, 2011 Fukushima und Fast-Katastrophen in Deutschland (1987 Biblis A und 2001

Brunsbüttel) sowie eine Vielzahl weiterer Unfälle mit Austritt von Radioaktivität – das ist etwas mehr als von der Atomlobby versprochen: „Ein Unfall alle 100 000 Jahre“, hieß es mal.

So feiert die Atomkraft nun fröhliche Urständ. Vielleicht wären Konzepte älterer AKWs zu bevorzugen, für die Windows95 noch ein Zukunftsversprechen war. Die bekannten Risiken bestehen weiter. Hinzugekommen sind z.B. digitale Sicherheitslücken. Angriffe durch Hacker, die die Brennstäbe freilegen, könnten ganze Landstriche unbewohnbar machen.

Österreich kommt schon seit 33 Jahren ohne Kernkraftwerke aus. Deutschland schaltet erfreulicherweise ab. Was muss in anderen Ländern eigentlich noch passieren, damit man die Kernkraft endlich mehr nach den mit ihr verbundenen Risiken als nach dem möglichen Nutzen bewertet? Natürlich kann man, wie geschehen, einfach die Strahlungs-Grenzwerte für Lebensmittel aus Japan erhöhen und die Werte für Wildbret und Pilze aus bestimmten Regionen in Deutschland ein paar Jahrhunderte lang weiter ignorieren. Was bleibt, ist der Müll.

In Finnland/Onkalo bringt man den Müll in Granit, der sich seit Hunderttausenden von Jahren nicht bewegt hat. Das Lager ist für solche Zeiträume geplant, nicht unwichtig bei z.B. einer Halbwertszeit von etwa 24 000 Jahren für Plutonium. Und ist recht ambitioniert. In Deutschland haben wir eine Vielzahl von Zwischenlagern – und die Asse. Dort verrotten 126 000 Fässer mit Atommüll, darin etwa 28 Kilo Plutonium. Seit mehr als zehn Jahren ist klar, dass sie zurückgeholt werden müssen, unklar hingegen ist, wie. Es gibt nur ein vages Konzept. Demnach soll 2033 mit der Rückholung begonnen werden. Die Kosten dafür dürften immens sein.

Während die AKW-Betreiber nach Milliardengewinnen auch noch mit Milliarden Entschädigung für entgangene Gewinne versorgt wurden, durften sie sich mit ein paar lächerlichen Milliarden von Probleme wie diese freikaufen. Kein schlechter Deal angesichts von rund 270 000 Tonnen Atommüll weltweit, die an Orten gelagert werden, die dafür nicht ausgelegt sind. Insofern teile ich Ihren Optimismus (S. 9: „Giftiges grün“) nicht: Die Atomlobby hat es bis jetzt immer verstanden, die Gewinne einzustreichen und die wahren, kaum auch nur schätzbaren Kosten wie z.B. für Rückbau der AKW und Müll den Steuerzahlern aufzubürden.

Rainer Stockmann, Dreieich

Aussteigen funktioniert nicht ohne Einsteigen

Ich denke, dass Habeck vorhat, einen Plan zu entwickeln, wie die Energieversorgung in Deutschland umgebaut werden kann. Ob und wie schnell der funktionieren wird, ist eine andere Frage. Nicht viel Neues machen geht eigentlich nicht. Auch wenn man erst 2038 aus der Kohle aussteigen will, muss ein schneller Umbau erfolgen, nach dem auch die AKW abgeschaltet sind. Es sollte eigentlich einsichtig sein, dass man nicht nur aussteigen kann, sondern auch einsteigen muss.

Was die EU mit AKW gerade macht, ist natürlich Unsinn und wird nicht funktionieren. Privates Kapital, um die 56 Schrotthaufen in Frankreich am Laufen zu halten, wird es nur geben, wenn für das Kapital eine gute Rendite in Aussicht gestellt wird. Da wird es nicht reichen, dass die EU sagt, dass sie es nett findet, wenn Kapital fließt. Das Ganze ist Wahlkampf für Macron. Die Einnahmen dieser Kraftwerke reichen nicht, um die Kosten zu decken. hans via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/greenwashing

Nur selten wird wirklich zugehört

Kolumne: „Mit Haltung“, FR-Meinung vom 30. Dezember

Herr Kaspar, Sie möchten mich als Leser der FR wachrütteln. Das nehme ich persönlich, und so ist es ja wohl auch gemeint. Schläfe ich denn? Was verleitet Sie zu dieser Annahme? Und wer sollte Ihnen das Recht geben, mich wachzurütteln, wenn ich tatsächlich schlief?

Seit Beginn der Corona-Krise gibt es jede Menge Leute, die meinen, uns Bürgerinnen Empfehlungen geben zu müssen. Häufig geht es vielen von uns so, dass wir uns darüber informiert haben, was wir tun oder lassen, zum Beispiel: Mundschutz tragen, Abstand halten, impfen lassen, Menschenmassen meiden. Wenn uns etwas transparent gemacht wird, zeigen wir Einsicht. Trotzdem wird uns nicht vertraut und kurze Zeit später Selbiges empfohlen, mit Nachdruck und pädagogischem Impetus.

Aber zurück zu Ihrem Ansinnen: Es sind nicht Sie, der mich

informiert, oder Ihre Zeitung, ich bin es selbst, der sich informiert, indem ich z.B. die FR lese. Mein Einwand mag kleinlich klingen, aber in diesen Zeiten, in denen wir von allen Seiten mit Empfehlungen, Ratschlägen oder Weisungen bombardiert werden, lege ich großen Wert darauf, mich auch mal selbst zu entscheiden, wie und worüber ich mich informiere. Um nicht missverstanden zu werden: Wir leben in einer Demokratie, und selbstverständlich herrscht Meinungs- und Pressefreiheit. Dieses Hin und Her von Entscheidungen kann ich besser akzeptieren als den pädagogischen Impetus und das selbstgefällige Wachrüttelgehebe, das allmählich nervt.

Ich könnte schreien über all das Unrecht in der Welt. Da geht es mir wie Ihnen. Zum Beispiel wenn ich an die vielen Geflüchteten denke, die im Mittelmeer ertrinken. Ich versuche, mich zu

engagieren, etwa bei „Fridays for Future“, obwohl ich zur älteren Generation gehöre. Wenn ich Glück habe, kann ich den einen oder anderen Affekt im privaten Umfeld los werden, denn unsere Meinung als Bürgerinnen und Bürger wird zwar ständig eingefordert, seit neuerem auch wieder unsere Zivilcourage, aber zu meist sollen wir stumme Masse bilden, oder Gegenmasse gegen rechts draußen. So wirklich zuhören will uns selten jemand.

Was ich noch nicht verstanden habe: Welche Unterstützung meinerseits – Sie sprechen Leserinnen und Leser ja direkt an – meinen Sie denn? Dass ich mich ab und zu in Leserbriefen kritisch äußere? Oder dass ich mich, wie Sie meinen, informiere und Sie damit in dem Glauben lasse, Sie rüttelten mich wach? Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/spaltung-2

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Aktuelle Informationen zu möglicher Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Teilnahme per Video unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 13. Januar, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Thomas Flierl, Ex-Kultursenator von Berlin, über dessen Forschung zur Architektin Margarete Schütte-Lihotzky. Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Per Video: club-voltaire.de/video
Montag, 17. Januar, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt